



Das Interesse an der Ausstellung ist groß: An den ersten Stationen informierten sich bereits 40 000 Besucher.

## FAHRPLAN

## Durch Deutschland

**Der Zug der Erinnerung fährt durch ganz Deutschland.** So wird daran erinnert, dass das gesamte Streckennetz der damaligen Reichsbahn während der NS-Zeit in die Deportation von Menschen integriert war. Nach einem Stopp in Halle (16. - 19. Januar) und Bernburg (17. Januar) macht der Zug in Gotha, Erfurt, Apolda und Weimar Halt. Anschließend geht es nach Leipzig und von dort aus nach Nordrhein-Westfalen.

@ Weitere Infos unter [www.zug-der-erinnerung.de](http://www.zug-der-erinnerung.de)



Damit der „Zug der Erinnerung“ fahren kann, muss an die Bahn eine Gebühr für die Nutzung des Schienennetzes gezahlt werden.

## Zoo will investieren

**Halle/MZ.** In den kommenden vier bis fünf Jahren sollen in den halleischen Bergzoo noch einmal 25 bis 35 Millionen Euro investiert werden. Nach Angaben des Zoos soll unter anderem ein Giftschlangenzentrum gebaut werden, von dem man sich einen stärkeren Besucherstrom verspricht. Außerdem ist eine neue Menschenaffen-Anlage geplant. Seit 1995 sind bereits 35 Millionen Euro in den Zoo geflossen, unter anderem in eine neue Elefantenanlage.

## Platz wird überwacht

**Magdeburg/ddp.** Der Magdeburger Hasselbachplatz wird künftig per Video überwacht. Der Platz habe sich als Kriminalitäts-Schwerpunkt herausgestellt, teilte die Polizei gestern mit. Erst in der Silvesternacht war dort ein Einsatzfahrzeug der Polizei aus einer Gruppe heraus mit Flaschen und Feuerwerkskörpern beworfen worden.

## Stadt sagt ab

**Naumburg/MZ.** Die Stadt Naumburg hat ein für Mai geplantes Treffen der Gemeinschaft Deutscher Olympioniken (GDO) in der Domstadt abgesagt. Wie die Stadtverwaltung mitteilte, sei die Vorbereitungszeit zu kurz. Man habe der GDO aber angeboten, das Treffen der etwa 150 ehemaligen Olympiateilnehmer samt Begleitung 2009 zu organisieren.

## Falscher Polizist

**Oschatz/dpa.** Ein 33-Jähriger ist nach dem sexuellen Missbrauch von vier Kindern in Oschatz (Sachsen) gefasst worden. Der Mann aus Riesa wurde bereits am vorigen Sonntag festgenommen, teilte die Polizei gestern mit. Der Mann soll sich Kindern gegenüber als Polizist ausgegeben haben.

## Besetzter Baum wird gefällt

## Protest gegen Brücke

**Dresden/dpa.** Ein seit drei Wochen von Naturschützern besetzter Baum in Sachsens Landeshauptstadt soll in der kommenden Woche dem Bau der Waldschlösschenbrücke im Unesco-Welterbe Dresdner Elbtal weichen. „Die mehr als 200 Jahre alte Buche wird voraussichtlich am Donnerstag gefällt“, erklärte der amtierende Oberbürgermeister Lutz Vogel (parteilos) gestern. Der Stadt bleibe keine andere Wahl, nachdem alle Bemühungen um eine Projektänderung gescheitert seien, die sich mit dem Welterbe vertragen könnten.

Die Mitglieder der Umweltschutzorganisation Robin Wood wollen aber nicht einfach weichen. „Wir bleiben auf dem Baum“, sagte ein Sprecher. „Wir suchen keine militante Auseinandersetzung, aber wir geben auch nicht auf.“ Aktivisten halten den Baum seit 12. Dezember besetzt und protestieren auch gegen die umstrittene Brücke. Dresden droht beim Bau der Brücke die Aberkennung seines Welterbetitels.

Der Bau des 160-Millionen-Euro-Projekts hatte am 19. November begonnen. Der Freistaat beharrt unter Berufung auf einen Bürgerentscheid von 2005 für die Brücke auf dem geplanten Bau. Das Sächsische Oberverwaltungsgericht hatte einen im August aus Naturschutzgründen verhängten Baustopp aufgehoben und Auflagen für den Brückenbau erteilt. Im Frühjahr wird der Rechtsstreit im Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgericht Dresden weitergeführt.

Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) glaubt derweil fest an einen Kompromiss. „Ich gehe davon aus, dass wir auf einem guten Weg sind“, sagte er. Es gehe darum, einen Kompromiss zu finden, einer „Querung“ ermöglichen, gleichzeitig aber die Einpassung des Bauwerks in die Landschaft löse.

## Kilometer für Kilometer Leid

Ohne Unterstützung der Deutschen Bahn erinnert ein Ausstellungszug an die Deportation in der NS-Zeit

Ein einzigartiges Projekt macht in Halle und Bernburg Station. Der „Zug der Erinnerung“ beleuchtet die Rolle der Reichsbahn im Dritten Reich - die Deutsche Bahn stellt sich jedoch quer.

VON STEFFEN REICHERT

**Halle/MZ.** Die Antwort war so kurz, wie sie barsch war. „Bahnhöfe sind keine Orte der Auseinandersetzung mit dem Holocaust“, hatte Bahnchef Hartmut Mehdorn vor einem Jahr auf Anfrage beschieden. Und dass es den Ausstellungsmachern ja ohnehin nur um eines gehe: um „Shock and go“ - also um die bloße Sensation.

Der Pfälzer Hans-Rüdiger Minow ist noch heute fassungslos. Der Journalist, der als Fernsehmann für den Sender „Arte“ eher die leisen Töne pflegt, hält denn auch mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg. „Die Bahn hat dieses Projekt in keiner Weise unterstützt“, sagt er und fügt hinzu: „Man hat es uns schwer gemacht, wo es nur ging.“

„Man hat es uns schwer gemacht, wo es nur ging.“

HANS-RÜDIGER MINOW  
ZUG DER ERINNERUNG

Und dann erzählt Minow die Geschichte einer Schau, die in den letzten Monaten 40 000 Besucher gesehen haben, die in ganz Europa wahrgenommen wird und die nun auf dem Weg nach Sachsen-Anhalt ist. Es ist die Geschichte einer Ausstellung, die von Unternehmenspolitik im Dritten Reich handelt. Und von den Mühen, 60 Jahre später damit umzugehen. Es ist eine typisch deutsche Geschichte.

Sie beginnt damit, dass rund 60 Jahre nach Kriegsende die engagierten Journalisten Beate und Ser-



Tausende Kinder und Jugendliche wurden in der NS-Zeit Opfer der Deportation, an der die Reichsbahn beteiligt war. Zeugnisse des Alltags von Kindern stehen deshalb im Mittelpunkt der Ausstellung „Zug der Erinnerung“, die in mehreren Waggons zu sehen ist.

Fotos: Zug der Erinnerung

ge Klarsfeld in Frankreich eine spektakuläre Ausstellung organisieren: „11 000 Kinder. Mit der Reichsbahn in den Tod“ heißt sie und erzählt anhand von Kinderbiografien, wie deutsche Logistiker, wie die Reichsbahn den Transport von Kindern in den Tod organisierten. Die Bitte, diese Ausstellung in deutschen Bahnhöfen zu zeigen, wird von der Bahn abgelehnt. Es ist vom Hausrecht die Rede, von sicherheitsrelevanten Kundenströmen und von der eigenen Geschichtsaufarbeitung bei der Deut-

schen Bahn. „Erst da entstand die Idee, etwas Eigenes zu machen und die Öffentlichkeit zu suchen“, erinnert sich Minow.

Denn so einfach wollen sie nicht aufgeben, die Lehrer und Rechtsanwälte, Journalisten und Künstler. Sie gründen eine Bürgerinitiative, später einen Verein. Und irgendwann hat einer die zündende Idee. Wie wäre es, wenn man mit einem Zug symbolhaft durch die Lande fährt? Kein Geld, kein Interesse, keine Unterstützung. Nicht nur die

Bahn habe so geantwortet, sondern auch das Bundesverkehrsministerium. Dabei sei doch einst das Reichsverkehrsministerium Auftraggeber der Transporte gewesen. Es gibt Schreiben - und es gibt monatlang keine Antwort. Es gibt vor allem eins: keinerlei Unterstützung. „Die Bahn arbeitet mit zahlreichen eigenen Projekten ihre NS-Vergangenheit auf“, versichert Unternehmenshistorikerin Susanne Kill. Und man werde schon bald mit einer eigenen Schau durch geeignete Bahnhöfe touren.

## Prüfer werfen MDR Verschwendung vor

Zu hohe Personalausgaben? - Sender wehrt sich

**Leipzig/Halle/ddp.** Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) gerät ins Visier der Rechnungshöfe aus dem Verbreitungsgebiet der Dreiländer-Anstalt. Stein des Anstoßes sind die Personalausgaben für fest angestellte Mitarbeiter. Der Sender wehrt sich gestern gegen den Vorwurf der Verschwendung von Gehältern. Die Kritik sei „nicht nachvollziehbar“.

In Medienberichten war unter Berufung auf den jüngsten Prüfbericht der Rechnungshöfe von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen über zu hohe Gehälter für fest angestellte Mitarbeiter beim MDR berichtet worden. Danach stiegen die Personalausgaben zwischen 2002 und 2005 um rund 8,2 Millionen Euro und damit um fast 6,4 Prozent. Die Tarifsteigerungen hätten sich zwar am damaligen Trend in den öffentlichen Verwaltungen

orientiert, hieß es in dem Bericht. Beim MDR seien aber schon seit Anfang der 90er Jahre Gehälter wie in ARD-Anstalten in den alten Ländern gezahlt worden. Bei Vergütungen auf Ost-Niveau wären die Personalausgaben allein 2002 um 9,5 Millionen Euro niedriger ausgefallen.

Einschnitte, wie sie in der gleichen Zeit bei Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes vorgenommen wurden, habe der MDR bisher nicht nachvollzogen, heißt es in dem Bericht. Als Beispiel werden die Kürzung und Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes und die Streichung diverser Zulagen genannt.

Bei der „Agenda 2008“, mit der der Sender Millionenbeträge einsparen will, werfen die Prüfer dem MDR indirekt Trickserei vor. 2004



Der MDR sendet in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Prüfer monieren zu hohe Personalkosten.

hatte der MDR eine alljährliche Sparrunde bis 2008 angekündigt. Die Zahlenbasis dafür ist laut Prüfbericht jedoch im Jahr davor erst künstlich erhöht worden. Damit habe es „keinen realistischen und bedarfsgerechten Ansatz für die Personalausgaben“ gegeben.

Ein MDR-Sprecher sagte dagegen, man liege unterhalb der ARD-Durchschnittsgehälter. Es gebe beim MDR die niedrigsten Gehaltszuwächse innerhalb des Senderverbundes. Diese lägen zudem auch unterhalb der Entwicklung im öffentlichen Dienst.

## Discobetreiber reichen Klagen ein

Streit um Nichtraucherschutz vor Gericht

**Magdeburg/dpa.** Die angekündigten Klagen gegen das Nichtrauchergesetz in Sachsen-Anhalt werden voraussichtlich in der kommenden Woche beim Landesverfassungsgericht in Dessau-Roßlau erhoben. Das kündigte der Magdeburger Rechtsanwalt Michael Moeskes an. Kläger seien drei Discobetreiber mit Sitz an der Landesgrenze zu Niedersachsen und zu Thüringen sowie im Süden des Landes. In einer zweiten Verfassungsbeschwerde wolle ein Kneiper gegen das in Gaststätten geltende Rauchverbot protestieren.

Die drei Discobetreiber sehen sich laut Moeskes in ihrer Berufs- und Handlungsfreiheit sowie in ihren Eigentumsrechten verletzt. Das Gesetz verstoße auch gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung, weil es in Gaststätten abgetrennte Raucherräume geben dürfe, in Dis-

Minow und seine Mitstreiter bedienen sich daraufhin eines juristischen Kniffs. Denn: Per Gesetz ist es in Deutschland jedem erlaubt, das Schienennetz zu nutzen, Bahnhöfe anzufahren und dort Halt zu machen - wenn er die entsprechenden Standards erfüllt. Also sucht und findet der Verein private Verkehrsunternehmen. Doch jeder Kilometer Streckennutzung muss mit bis zu 3,50 Euro bezahlt, jeder Aufenthalt beglichen, jede Kilowattstunde Strom mit finanziert werden. Von einem „faktischen Boykott der Bahn“ spricht Minow angesichts immenser und nun durch Spenden halbwegs gedeckter Kosten. Von einem „Nichtdiskriminierungsgrundsatz“ dagegen Bahn-Historikerin Kill. „Die Bahn kann die kostenlose Nutzung nicht im Einzelfall gewähren.“

„Die Bahn kann die kostenlose Nutzung nicht im Einzelfall gewähren.“

SUSANNE KILL  
BAHN-HISTORIKERIN

Und dennoch wird der Zug schon bald in Halle Station machen - am kommenden Montag startet er die neue Tour in Hannover. Vom 16. bis zum 19. Januar steht er im Hauptbahnhof der Saalestadt, am 17. Januar pendelt er zwischenzeitlich nach Bernburg - dort wurden zwischen 1940 und 1943 im Rahmen des NS-Euthanasieprogramms mehr als 14 000 Menschen gestagt.

Es werden im Zug Biografien von Opfern dargestellt, Datenbankprojekte sind nutzbar, Forschungsergebnisse lokaler Bündnisse können in den Waggons präsentiert werden. Am 8. Mai 2008 soll der Zug in Auschwitz-Birkenau eintreffen. Dort endeten auch die meisten Reichsbahntransporte.

cos jedoch nicht. Der Kneiper aus Halle sei zudem in seiner Existenz bedroht, sagte der Anwalt. Weil nicht die Möglichkeit zur Abtrennung eines Raucherraums bestehe, dürfe in der Kneipe überhaupt nicht mehr geraucht werden.

Die Discobetreiber an den Landesgrenzen wollten sich vor allem darauf berufen, dass die Regelungen in Thüringen und Niedersachsen nicht derart rigide seien wie in Sachsen-Anhalt. Sie müssten deshalb die Abwanderung von Besuchern zu den Nachbarn befürchten.

Moeskes rechnet damit, dass das Landesverfassungsgericht in mehreren Monaten über die Klagen entscheiden wird. Verfassungsbeschwerden können von jedermann erhoben werden, der sich aufgrund eines Landesgesetzes in den Grundrechten verletzt sieht.